

Die Westfalen AG kündigte einen Vertrag über die Lieferung von medizinischen Geräten, angesichts der Drohung, auf die Schwarze Liste der USA gesetzt zu werden und damit den US-Markt für Importe und Exporte zu verlieren. Diese Maßnahmen sind effektiv – aus Angst vor Sanktionen durch die USA treiben kaum deutsche Unternehmen Handel mit Kuba.

Das alles ist weithin anerkannt. Die Europäische Union hat den Helms Burton Act verurteilt und erklärt, dass die Durchsetzung der extraterritorialen Maßnahmen der Blockade internationales Recht verletzt. Die überwältigende Mehrheit der Staaten stimmt jedes Jahr bei der UN-Versammlung gegen die völkerrechtswidrige Blockade. Doch dieses Votum bleibt jedes Jahr wieder ohne Effekt. Auch Deutschland ist einer der Staaten, die in der jährlichen Abstimmung wieder und wieder gegen die Blockade stimmen. Doch die Bundesregierung belässt es bei leeren Worten und Symbolpolitik. Die Beziehungen zu Kuba sind es der Bundesregierung nicht wert, das Verhältnis zu den USA aufs Spiel zu setzen.

Währenddessen ist die Blockade weiter verschärft worden. Kuba steht jetzt wieder auf der US-Liste angeblicher Terrorunterstützer, eine Einstufung, die nach Ansicht von UN-Experten „grundlegende Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Nahrung, des Rechts auf Gesundheit, des Rechts auf Bildung, der wirtschaftlichen und sozialen Rechte, des Rechts auf Leben und des Rechts auf Entwicklung“ unterläuft. Der Helms Burton Act wird verschärft angewendet, Finanztransaktionen weiter erschwert. Die Folgen dieser Politik tragen die Kubanerinnen und Kubaner jeden Tag.

So wie Kuba internationale Solidarität lebt, müssen wir heute unsere Solidarität mit Kuba zeigen – gegen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade. Unbock Cuba! Hoch die internationale Solidarität!

Weithin bekannt ist die beispiellose medizinische Hilfe, die kubanische Ärzte weltweit leisten. Doch auch auf der Straße zeigt Kuba seine Solidarität. So demonstrierten vor drei Tagen über 100.000 Menschen gegen den Völkermord in Gaza, darunter auch Präsident Miguel Díaz-Canel Bermúdez.

Diesen Weg der internationalen Solidarität und des Widerstands gegen Unterdrückung und Ausbeutung geht Kuba trotz der gravierenden Auswirkungen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade durch die USA.

Jeden Tag verliert Kuba durch die Blockade mehr als 20 Millionen US-Dollar – Geld, das für Lebensmittel, lebenswichtige Medikamente und Energie fehlt. Allein im Zeitraum von März 2024 bis Februar 2025 beliefen sich die materiellen Schäden, die durch die Blockade verursacht wurden, auf über 7,5 Milliarden US-Dollar – ein Anstieg von fast 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Ohne US-Sanktionen hätte Kubas Wirtschaft 2024 um 9,2 Prozent wachsen können.

Laut dem Bericht Kubas vor der UN sind die Schäden, die durch zwei Monate Blockade verursacht werden, so hoch, dass mit dem Geld die Lieferung des rationierten Lebensmittelkorbs für die gesamte Bevölkerung ein ganzes Jahr lang garantiert werden könnte oder der gesamte Treibstoffbedarf für den regulären Stromverbrauch gedeckt werden könnte. Die Kosten von nur 16 Tagen der Blockade entsprechen dem landesweiten Bedarf an wichtiger Medizin. Mit den Worten des kubanischen Außenministers Bruno Rodríguez – es ist eine Politik der Erstickung, die seit über sechs Jahrzehnten besteht, ja nicht einfach weiter besteht, sondern im vergangenen Jahr noch verschärft worden ist.

Die Blockade trifft Kuba nicht nur direkt, sondern auch indirekt, indem sie ausländische Unternehmen und Banken weltweit davon abhält, mit Kuba Handel zu treiben. Entscheidendes Instrument dafür ist der Helms-Burton Act, ein US-Gesetz von 1996. Demnach kann jede Form von Geschäftsbeziehungen mit Kuba mit horrenden Summen geahndet werden, andernfalls kann Washington den Zugang zum US-amerikanischen Markt unterbinden.

Etwa 40 ausländische Banken haben im letzten Jahr aus Angst vor US-Sanktionen rund 140 Überweisungen nach Kuba abgelehnt. Auch die Solidaritätsbewegung bekommt diese Maßnahmen zu spüren – immer wieder gibt es erhebliche Probleme bei Spendenüberweisungen.

In Deutschland hat etwa die Commerzbank ihre Aktivitäten auf Kuba so gut wie eingestellt, nachdem vor rund zehn Jahren Strafen in Milliardenhöhe gegen sie verhängt wurden. Die Bayer AG brach nach der Fusion mit einem US-Konsortium alle Handelsbeziehungen zu Kuba ab und kündigte einen bestehenden Vertrag auf.

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute geht es um Kuba, um die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die das Land seit mehr als sechs Jahrzehnten erleiden muss. Doch beginnen will ich mit einer Nachricht aus einem anderen Lateinamerikanischen Land. Vor zwei Tagen gab das Nobelkomitee bekannt, dass der Friedensnobelpreis ausgerechnet an die venezolanische Oppositionelle María Corina Machado geht.

Es ist sicher keine neue Erkenntnis, dass der Friedensnobelpreis nichts darüber aussagt, wer zum Frieden in der Welt beiträgt – das ist spätestens klar, seit Barack Obama ihn bekam, nur um danach US-amerikanische Kriege in aller Welt zu führen. Und doch muss man mit dem Kopf schütteln, wenn ausgerechnet die ultrarechte Machado für „ihrem Kampf für einen gerechten und friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie“ in Venezuela geehrt werden soll – eine Politikerin, die die Einmischung der USA in ihr Land begrüßt, und auf Trump setzt. Machado bejubelt das US-Marineaufgebot in der Karibik und die Interventionsdrohungen aus Washington, während die venezolanische Regierung aktuell genau vor einer solchen Intervention warnt.

Was hat das mit Kuba zu tun? Venezuelas Innenminister Diosdado Cabello hat es auf den Punkt gebracht, als er über kürzlich vereitelte Terrorakte im Land sprach, die laut Cabello mit Machado in Verbindung gebracht werden können. Zur Gefahr einer Intervention sagte er: „Erst ist Venezuela dran, und dann kommen die anderen.“ Die USA stünden hinter einer „imperialistischen Aggression“ zur Destabilisierung Venezuelas und anderer lateinamerikanischer Staaten.

All das macht deutlich: Die US-Politik der Einmischung – eine Politik für die Machado steht – zeigt, wie sehr die USA Lateinamerika nach wie vor als ihren Hinterhof begreifen, in dem sie schalten und walten können, wie es ihren Interessen entspricht.

Kuba hat sich von diesem US-amerikanischen Herrschaftsanspruch vor über sechs Jahrzehnten befreit. Doch das Land stört die USA nicht nur, weil es sich direkt vor ihrer Nase ihrem Einfluss entzieht, sondern auch, weil es als sozialistischer Staat einen anderen Weg aufzeigt. Kuba gewährleistet kostenfreien Zugang zur Bildung und hat ein kostenloses flächendeckendes Gesundheitssystem. Staatliche Versorgung mit Lebensmitteln gehört zu den entscheidenden Errungenschaften der Revolution.

Dafür steht Kuba ein, auch angesichts einer Wirtschaftskrise, Stromausfällen und Versorgungsengpässen. Man könnte meinen, das Land stünde vor genügend eigenen Herausforderungen. Doch für die Kubanerinnen und Kubaner ist es selbstverständlich, auch in der schwierigsten Lage noch Solidarität mit den Unterdrückten dieser Welt aufzubringen.